Nr. 222 XXIV. Jahrgang

Mittwoch, 16. August 1916

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung

Größte Verbreitung in Sachsen

Anzeigen: [illegible]

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: Redaktion Nr. 13 8 27, Expedition Nr. 13 6 38, Verlag Nr. 13 5 28. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Bezugspreis:
Im Dresdner Bestellbezirk monatlich 90 Pf., vierteljährlich 2,70 Mk. frei Haus, durch unsre weiteren Ausgabestellen monatlich 1,00 Mk., vierteljährlich 3,00 Mk. frei Haus. Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" oder „Dresdner Fliegende Blätter" je 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. 1,00 Mk., vierteljährl. 3,00 Mk.
„ B mit „Illustr. Neueste" „ 1,15 „ „ 3,45 „
In Oesterreich-Ungarn:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. 1,79 Kr., vierteljährl. 5,37 Kr.
„ B mit „Illustr. Neueste" „ 1,97 „ „ 5,90 „
Nach d. Auslande in Kreuzb. wöchentl. 1,10 Mk. Einz.-Numm. 10 Pf.

Heftige Kämpfe mit den Engländern bei Thiepval

Der Kaiser an der Ostfront. — Blutige Verluste der englischen Infanterie. — Scharmützel der Bulgaren am Dojransee. — Verstärkte Spannung in Rumänien. — Großer Aufruhr in Tiflis.

Russische Angriffe auf der ganzen Front abgeschlagen

× Großes Hauptquartier, 15. August. (Amtlich.) (Eingegangen 8 Uhr 55 Min. nachm.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Vom gestrigen Mittag ab erneuerten die Engländer ihre Angriffe auf der Linie Ovillers—Bazentin le Petit und setzten sie mit großer Hartnäckigkeit bis tief in die Nacht hinein fort. Sie haben am Wege Thiepval—Pozières in denselben Teile unsres vordersten Grabens Fuß gefaßt, aus dem sie gestern morgen wieder geworfen waren; im übrigen sind ihre vielen, sich in kurzen Zeitabständen folgenden Anstürme vollkommen und sehr blutig vor unsern Stellungen zusammengebrochen. Die Franzosen wiederholten zweimal ihre vergeblichen Anstrengungen zwischen Maurepas und Hem. Zwischen dem Ancrebache und der Somme und über diesen Abschnitt hinaus ist der Artilleriekampf auch jetzt noch nicht verstummt.

An der übrigen Front — abgesehen von lebhafterer Gefechtstätigkeit südöstlich von Armentières, an einzelnen Stellen des Artois und rechts der Maas — keine besonderen Ereignisse.

Oestlicher Kriegsschauplatz:

Front des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg:

Alle russischen Angriffe gegen den Luh- und Graberkaabschnitt südlich von Brody sind gescheitert.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl:

Die Armee des Generals Grafen v. Bothmer hat starke, zum Teil oft wiederholte Angriffe im Abschnitte Zborow-Koniuchy, an den von Brzezany und Potutory nach Kozowa führenden Straßen und westlich von Monasterzyska mit schwersten Verlusten für die Russen restlos abgeschlagen.

Balkankriegsschauplatz:

Südlich des Dojran-Sees griff etwa ein feindliches Bataillon die bulgarischen Vorposten an; es wurde abgewiesen.

Oberste Heeresleitung.

Die rumänische Sphinx

Aus Rumänien liegen Nachrichten vor, die auf die Möglichkeit eines kriegerischen Eingreifens schließen lassen. Nach dem „Popolo d'Italia" soll Rußland in Bukarest angefragt haben, wie sich Rumänien verhalten würde, wenn Rußland durch Rumänien in Siebenbürgen einmarschieren würde. Die „Köln. Ztg." meldet, daß der König von Sinaia nach Bukarest zurückgekehrt sei, wo die Minister zahlreiche Sitzungen abhielten. Die rumänischen Kuriere, die nach England und Frankreich reisen, sollen angewiesen sein, nicht über Oesterreich-Ungarn und Deutschland, sondern künftig über Rußland und Schweden zu fahren. Man darf aber nicht vergessen, daß vor etwa 14 Tagen wilde Gerüchte von einem sofortigen Eingreifen Rumäniens an der Seite des Vierverbandes auftauchten, ohne daß sich diese Meldungen damals bewahrheiteten. Immer noch ist allem Anschein nach die militärische Lage für Rumäniens Neutralität oder Intervention maßgebend. Nur kommt es hierbei nicht allein auf die objektiven Tatsachen, als vielmehr darauf an, wie man diese Tatsachen in Bukarest betrachten will oder besser, vom Vierverband dazu veranlaßt wird. Gegenwärtig liegen allerdings Meldungen vor, die alles eher als ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Rumänien und Rußland bekunden:

+ **Bukarest, 15. August.** (Priv.-Tel.) Ministerpräsident Bratianu hat auf die Note der Entente noch immer keine Antwort erteilt. Rußland hat alle notwendigen Verfügungen an der rumänischen Grenze getroffen. Wo früher keine Grenzposten Dienst versahen, stehen jetzt Infanterieregimenter in voller Ausrüstung. Niemand darf die Grenze überschreiten. Rumänische Kaufleute, die sich in geschäftlichen Angelegenheiten nach Rußland begaben, mußten das Land sofort wieder verlassen.

+ **Bukarest, 15. August.** (Priv.-Tel.) „Dreptatea" berichtet, daß die Russen in Bessarabien alles Vermögen der rumänischen Institutionen konfisziert haben, darunter auch die Bücher des Spitalvereins St. Spiridion in Jassy. Diese Nachricht habe in Rumänien ungeheure Verstimmung hervorgerufen.

Ueber die Form einer rumänischen Intervention Vermutungen aufzustellen, ist heute noch verfehlt. Wie die „Frankf. Ztg." schreibt, kann den Russen vielleicht vor allem daran gelegen sein, den Durchzug durch rumänisches Gebiet zugesichert zu erhalten, was durch einen politischen Vertrag oder durch eine Militärkonvention mit Rumänien zugesagt werden könnte. Dabei könnte die russische Marschrichtung sowohl nach Bulgarien als nach Südungarn gehen. Man könnte sich aber auch denken, daß Rumänien seine Armee zunächst zurückhält, um den Zentralmächten den Angriff zuzuschieben. Endlich wäre möglich, daß Rußland die sofortige bewaffnete Hilfe Rumäniens fordert und erlangt.

*

Ueberfall auf einen deutschen Journalisten in Bukarest

(Privattelegramm)

+ **Budapest, 15. August**

„Az Est" meldet aus Bukarest: Ein feiger Ueberfall ist auf den hiesigen Korrespondenten des „Berliner Tageblattes", Dr. Leo Lederer, verübt worden. Er saß abends auf der Terrasse des Cafés Mercés, als aus der Reihe des promenierenden Publikums der Ruf erscholl: „Auch ein Spion!" In demselben Augenblick erhielt Dr. Lederer einen Stockschlag über den Kopf. Die Wunde blutete so stark, daß sich der Verletzte in einem Spital verbinden lassen mußte. Dr. Lederer fuhr darauf zur Polizei, um die Sache anzuzeigen. Diese gab zwar ihrem Bedauern Ausdruck, leitete aber keine Untersuchung ein, da der Täter unbekannt sei. In den Kreisen der ausländischen Presse von Bukarest wird der Vorfall außerordentlich scharf verurteilt. Eine Abordnung angesehener Bukarester Journalisten begab sich zu Dr. Lederer, um ihr Bedauern auszudrücken.

Große Unruhen im russischen Kaukasus

(Privattelegramm)

+ **Bern, 15. August**

Der russische Mitarbeiter des Berner „Bund" entnimmt der soeben eingetroffenen „Kawkasskaja Rietsch", daß am 18. Juli in Tiflis große Unruhen stattgefunden haben. In einem Erlasse des augenblicklichen Gouverneurs von Tiflis heißt es, daß während des ganzen 18. Juli in der ganzen Stadt Plünderungen wüteten, an denen sogar gebildete Leute sich beteiligten oder die Plünderer unterstützten. Die Plünderer werden als den Deutschen moralisch dienstbar bezeichnet. Es sei eine Schande, betont der Erlaß, daß in der Residenz des Statthalters des Kaukasus, des Großfürsten Nikolaus, solche Dinge geschähen. — Gegen die Plünderer wurden Truppen aufgeboten, wobei es zahlreiche Tote und Verwundete gab. Nach dem „Misawrennouse Slowo" ist der Mangel an Lebensmitteln und die ungeheure Teuerung der Grund der Unruhen.

General Ruzki Oberbefehlshaber an der russischen Nordfront

(Privattelegramm)

+ **Berlin, 15. August**

Der Stockholmer Korrespondent der „Voss. Ztg." erfährt soeben aus sicherer Quelle, daß General Ruzki die Aufforderung erhalten hat, an Stelle Kuropatkins den Oberbefehl an der russischen Nordwestfront zu übernehmen. General Ruzki reiste nach dem zarischen Hauptquartier ab, das sich in Minsk befindet.

Amerikas Druck auf Dänemark

Von unserm △-Mitarbeiter.

Kopenhagen, 12. August

Die Verhandlungen des dänischen Reichstages über die Frage des Verkaufes des dänisch-westindischen Kolonialbesitzes an Nordamerika haben verschiedene Momente zutage gefördert, die zu der Vermutung zwangen, daß Dänemark in dieser Sache außenpolitisch nicht ganz frei stehe, — daß vielmehr von Nordamerika, das unter allen Umständen die Inselgruppe erwerben will, ein starker Druck auf die dänische Regierung ausgeübt worden sei. Bezeichnenderweise fiel auch im dänischen Reichstag von verantwortlicher politischer Stelle eine Aeußerung hierüber. Wie kräftig dieser Druck gewesen ist, und in welchen Formen er stattgefunden hat, darüber liegen selbstverständlich keine authentischen Mitteilungen vor. Ein dänischer Berichterstatter des angesehenen norwegischen Blattes „Tidens Tegn" glaubt aber folgende Mitteilungen über die Vorgeschichte des dänisch-amerikanischen Verkaufsvertrages machen zu können:

Als im Herbst 1915 unter der Führung Hamilton Jacksons auf der Insel St.-Croix die bedenklichen Negerunruhen ausgebrochen seien, habe der amerikanische Konsul auf St.-Thomas seiner Regierung sofort einen ausführlichen telegraphischen Bericht gesandt. Es liege Grund zu der Annahme vor, daß die nordamerikanische Regierung daraufhin beschlossen habe, ein Kriegsschiff nach Dänisch-Westindien zu senden und die dänische Regierung von ihrer Absicht in Kenntnis gesetzt habe. Hierauf hätten innerhalb der dänischen Regierung sehr ernste Erwägungen stattgefunden, und es seien zwischen den Regierungen in Washington und Kopenhagen mehrere Noten ausgewechselt worden. Ueber den Inhalt dieses Notenaustausches könne man sich kein zutreffendes Bild machen; dagegen habe der Notenwechsel zu dem Ergebnisse geführt, daß die dänische Regierung das dänische Kriegsfahrzeug „Valkyrien" nach den dänisch-westindischen Inseln gesandt habe. Offiziell sei die Entsendung der „Valkyrien" durch die Negerunruhen auf St.-Croix begründet worden. Der wirkliche Grund sei aber in der internationalen Situation zu suchen gewesen. Nordamerika habe hierauf seinerseits von der Entsendung des vom Konsul der Union auf St.-Thomas requirierten Kriegsschiffs abgesehen. In der Folgezeit habe die Oeffentlichkeit lange nichts mehr über die Verhältnisse in Dänisch-Westindien erfahren. Hinter den Kulissen der Diplomatie seien indessen die dänisch-westindischen Erörterungen fortgesetzt worden. Die nordamerikanische Regierung habe wahrscheinlich etwa um die Mitte des Monats November 1915 an die dänische Regierung ein Kaufangebot gerichtet; dies Angebot sei — so behauptet der Korrespondent des „Tidens Tegn" — von solcher Beschaffenheit gewesen, daß die dänische Regierung sich nicht habe weigern können, es zu diskutieren. Es sei von nordamerikanischer Seite ein Druck auf die dänische Regierung ausgeübt worden, indem auf die Möglichkeit von solchen Eventualitäten hingewiesen worden sei, welche die dänische Regierung unter allen Umständen verhindern müßte. Mit welchem Grade von Offenheit diese „Eventualitäten" von nordamerikanischer Seite der dänischen Regierung vorgeführt worden seien, lasse sich nicht sagen. Es lägen aber — so versichert der Korrespondent des „Tidens Tegn" — gute Gründe für die Annahme vor, daß Nordamerika habe durchblicken lassen, daß die „militärische Notwendigkeit" einer Besetzung der dänisch-westindischen Inseln würde eintreten können. □

*

Volksabstimmung über den Verkauf der dänischen Antillen

Das dänische Folkething nahm, wie aus Kopenhagen gemeldet wird, die Regierungsvorlage über den Verkauf Dänisch-Westindiens mit dem Abänderungsantrag an, daß vorher eine Volksabstimmung stattfindet.

Wie ergänzend aus Kopenhagen berichtet wird, schloß der Ministerpräsident die Aussprache folgendermaßen: „Wenn der Reichstag die Vorlage annimmt, ist die Sache in Ordnung. Wenn der Reichstag sie verwirft, so wird das Ministerium baldmöglichst eine Vorlage über das Inkrafttreten eines neuen Verfassungsgesetzes und die Vornahme von Wahlen einbringen. Gleichzeitig wird die Regierung Amerika um einen Aufschub ersuchen. Ob dies gelingt, kann ich nicht sagen. Jedenfalls trifft die Verantwortung diejenigen, die den Vorschlag verwerfen. Es wird kein geringer Aufschub sein, da die Wahlen erst im November stattfinden können. Es ist übrigens nicht nötig, den Vorschlag abzulehnen, um Wahlen zu erreichen. Aeußert nach der Annahme des Vorschlages irgendeine Partei den Wunsch nach Reichstagswahlen, so wird die Regierung dem Wunsche nachkommen." Der Abänderungsvorschlag wurde darauf mit 69 Stimmen der Radikalen und Sozialisten gegen 44 der Linken und der Konservativen bei einer Stimmenthaltung angenommen. Sechs Mitglieder waren abwesend. Die abgeänderte Vorlage wurde darauf mit derselben Stimmenzahl angenommen.

Ministerrat in Budapest

× **Budapest, 14. August**

Unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Graf Tisza fand heute nachmittag im Palais des Ministerpräsidiums ein Ministerrat statt, an dem sämtliche hier weilenden Mitglieder der Regierung, auch der Minister a latere, Baron Roszner, teilnahmen.

Giolitti will sprechen

(Privattelegramm)

+ **Lugano, 15. August**

Die nationale Presseagentur in Rom berichtet, wie „Secolo" erfährt, daß Giolitti in den nächsten Tagen im Provinzialrat von Cuneo eine Rede halten wird, die den Beweis dafür geben soll, wie der Staatsmann, der mehr als zehn Jahre die Geschicke Italiens leitete, seit Beginn des Krieges ein Beispiel der nationalen Disziplin gegeben habe. In politischen Kreisen wird die Rede Giolittis mit großer Spannung erwartet, um so mehr, als in den Provinzialräten gewöhnlich keine Reden gehalten werden. Die Agenturmeldung führt aus, in den letzten Monaten habe man in politischen Kreisen und in der Presse nicht selten über die Haltung des ehemaligen Ministerpräsidenten und seiner Anhänger gesprochen. Daher sei es heute wohl angebracht, daß Giolitti die erste günstige Gelegenheit ergreife, um seine Haltung klar darzulegen.

Englische und französische Programme

Von unserm früheren römischen Mitarbeiter

Lugano, 10. August

Der italienische Waffenerfolg am Isonzo hat einen solchen Siegestaumel im ganzen Lande erzeugt und die Stimmung derart erhitzt, daß die „Interventisten" den Augenblick für günstig halten, um die Propaganda für den Krieg mit Deutschland zu verschärfen. Zuerst in Mailand und Rom, sodann auch in andern größeren Städten sind Versammlungen abgehalten worden, in denen die beliebtesten, weil maßlosesten Redner der sozialistischen, republikanischen, radikalen Kriegsblockparteien mit Erfolg die Gemüter gegen Deutschland zu entflammen versucht haben. Es kann nicht wundernehmen, daß durch Hetzer vom Schlage des patriotisch gewordenen Internationalisten und Anarchisten De Ambris und des feilen „Asino"-Herausgebers Podrecca alle schmählichen Verleumdungen der deutschen Kriegführung und Kriegsabsichten und die tollsten Fabeln über die Tyrannisierung Belgiens aufgewärmt worden sind. Selbstverständlich mußte auch die „Tauchboot-Piraterie", die Hinrichtung des Kapitäns Fryatt, die „Deportation" der belgischen Arbeiterschaft und dergleichen wieder herhalten, um Feuer hinter den Kriegsrummel zu machen. Podrecca verlangte die sofortige Kriegserklärung auch namens der Miß Cavell und der „verstümmelten belgischen Kindlein" sowie . . . . zum Zwecke der Einziehung alles deutschen Privateigentums und Internierung aller noch in Italien befindlichen Deutschen, auch der naturalisierten und der seit fünf Jahren im Besitze einer neutralen Staatsangehörigkeit befindlichen!

Bei dieser neuen antideutschen Hitzwelle, die durch das Land zieht, ist es auch nicht zu verwundern, daß die deutschenfresserischen Pläne Englands — wie man sie in Rom aus „guten" englischen Quellen kennengelernt haben will — unbedingt und gern geglaubt werden. Man scheut sich nicht, auf die englische Botschaft — sogar auf Sir Rennell Rodd persönlich, der in Pallanza nach der Begegnung mit Runciman sich aufgeknöpft haben soll — als Quelle gewisser Angaben hinzudeuten, die man ohne weiteres als Ausgeburten kranker Gehirne abtun müßte, wenn sie nicht eben aus England stammten.

Man kennt bereits die jenseits des Kanals erhobene Forderung, unsre U-Boot-Kommandanten zu geeigneter Zeit persönlich für ihre „Untaten" zur Verantwortung zu ziehen, und den grotesken Vorschlag, auch die Richter des Kapitäns Fryatt vor ein Ententetribunal zu stellen. Nachdem der erste Wutanfall über die Verurteilung des Franktireurs z. S. vorübergegangen ist, beginnt es in einigen englischen Köpfen zu dämmern: Man sagt sich, daß die wahren Schuldigen und eigentlich Strafbaren nicht die auf Befehl handelnden Untergebenen, sondern die Vorgesetzten, in letzter Instanz die höchsten politischen und Kommandostellen, seien, und man gewinnt damit den erwünschten Grund zu einer Forderung, die jedem Engländer aus der Seele gesprochen sein wird, weil sie allerdings den Haß- und Rachegefühlen gegen Deutschland eine unvergleichliche Befriedigung verheißt. Voraussetzung ist nichts weiter als der Sieg der Verbündeten und die völlige Wehrlosigkeit ihrer Gegner!

Nach den römischen Dolmetschern angeblicher englischer Pläne, die sogar schon den Gegenstand vertraulicher Besprechungen zwischen den Ententediplomaten in London gebildet haben sollen, sind für den Krieg und alle seine „atrocities" in allererster Linie (natürlich!) Kaiser Wilhelm, der Reichskanzler, die größeren deutschen Souveräne, „die ein Veto hätten einlegen können", nächstdem die Heerführer verantwortlich. Sie müssen, wie ich schon telegraphisch berichtet habe, büßen: die Gerechtigkeit, deren Vollzieher die Vierbundmächte sind, verlangt es ja! „England wird, wenn seine Verbündeten zustimmen, mit Deutschland nur Frieden schließen, wenn der Kaiser und seine Ratgeber beseitigt sind." Man wird den Deutschen, die doch endlich einmal zur Besinnung kommen und um Frieden bitten müssen zu verstehen geben, daß man Garantien für die Erfüllung und Beobachtung der Friedensverträge braucht. Solche Gewähr kann kein Mitglied des „vertragsbrüchigen" Hohenzollernhauses und keiner der gegenwärtigen deutschen Gewalthaber bieten. Sie müssen also abgesetzt und von jedem künftigen Einflusse in dem auf andre Grundlagen (?) zu stellenden Reiche ausgeschlossen werden. Warum soll nicht wiederholt werden können, was mit Napoleon I. und dem Mexikaner Huerta geschehen ist? „Wie Frankreich und Mexiko würde Deutschland dabei nur gewinnen." — Man sieht: im englischen Wahnsinn ist Methode!

Von einem andern, nicht ganz so weltfremden Gesichtspunkte aus beschäftigt sich der „Temps" mit der europäischen Zukunft. Ausgehend von dem bis in den siebenten Himmel erhobenen italienischen Waffenerfolge bei Görz hält das Pariser Blatt die Zeit für gekommen, den Italienern nun auch einen bestimmten Lohn für ihre Anstrengungen anzusichern — woran die Verbündeten bisher nicht gedacht zu haben scheinen. Selbstverständlich müsse und werde Italien auch in Zukunft eng mit den jetzigen Verbündeten verknüpft bleiben und seine Politik danach orientieren. Aus dem Kriege gehe ein neues Europa hervor, das völlig neue Orientierungen verlange. Für das künftige Verhältnis Italiens zu England und Frankreich werde der Weg gewiesen durch die schon im Jahre 1900 eingeleiteten, 1902 formulierten Mittelmeer-Abmachungen; in Nordafrika werden die drei Mächte sich gegenseitig aufrichtig und kräftig die Hand reichen; im Aegäischen Meere und Kleinasien, in Albanien und Korfu (!) werden Italiens Ansprüche nunmehr bei keinem der Verbünde-

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19160816/1